

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Belfasohn (fortf.) Dr. v. Ebn (Sog.) und Dr. v. v. n. u. b. g. (Hr.) geht die Beratung auf die verbleibende Sitzungskommission. Es folgt die einmalige Beratung der Lieberst über die Verhandlungen des

Gesamt-Verkehrsausschuss

in den Jahren 1907/10. Abg. Leiner (Sog.) und Dr. v. v. n. u. b. g. (Hr.) bitten die Regierung, obwohl nur Nebenhandlungen, der gegenwärtigen Regierung weitere Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Eine Entschädigungspflicht des Staates will die Regierung gegen die Schleppunternehmungen nicht anerkennen. Aber auch die geringe Abschreibung ist eine Art Entschädigung. Den beteiligten Arbeitern sollte aber eine Entschädigung gewährt werden. Die Stadt Hannover wolle der Minister zum Bau eines Hafens zwingen, der für sie keinerlei Nutzen gehabt hätte. Ein früherer Minister konnte hinsichtlich des Mittelstandes sagen: Obacht wird er doch! Der jetzige Minister hat den Konventionen den Antiformalen zu stellen.

Ein Regierungskommissar: Der Verkehrsausschuss hat den Standpunkt des Ministers zum Hafen von Hannover bestätigt. Die Lieberst wird durch Kenntnisnahme erliebt. Nächster Gegenstand ist die Vereinbarung über die Verteilung des zur Erhebung von Ergänzungszuschüssen von Schulverbänden mit 25 oder weniger Schülern im Geltungsbereich des Volkshochschulunterstützungsgesetzes beteiligten Fonds von 15,10 Millionen Mark.

Die Lieberst wird durch Kenntnisnahme erliebt.

Petitionen. Eine lange Reihe von Petitionen persönlichen Inhalts wird ohne Erwähnung nach den Kommissionen übergeben. Eine Petition des Provinzialvereins, die sich gegen die weisungsfähigen Petitionieren in Schulen im Hinblick auf die Ferien der Volksschule mit denen der höheren Schulen bezieht, wird der Kommission durch Tagesordnung zu erledigen.

Die Abg. Belfasohn (fortf.) und Hoffmann (Sog.) beantragen Berücksichtigung.

Abg. Gammann (Hr.): Die Gleichzeitigkeit der Ferien für die gesamte Monarchie wird nicht möglich sein. Der Kommissionsantrag wird angenommen. Eine Petition von Direktoren, Lehrern, Oberlehrern, Lehrern u. a. gegen die Verletzung des weiblichen Einkommens im Mädchenschulen und gegen die Zulassung der weiblichen Leitung öffentlicher Mädchenschulen beantragt die Kommission durch Tagesordnung zu erledigen. Diese Petition bittet die Eingabe des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen abzuholen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Damit ist die zweite Petition erledigt.

Abg. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Wochensitzung, Petitionen, Schluss 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

162. Sitzung vom 3. April, 11 Uhr. Im Bundesrat: Dr. v. Debraud, v. Siderlen, Bockler, Wernisch, v. Oerzingen. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Reichssteuerengesetzes.

Tagu liegt ein von den Abg. Althorn (fortf.), Grobes (Hr.) und Brunstermann (Hr.) gestellter Antrag auf Wiederberufung der Kommissionsbeschlüsse vor. Der Entwurf, der die kommunale Steuerpflicht der Reichsbetriebe einführt, ist bisher aus Willkürgründen in den Etat eingestellten Unterfertigungen für gewisse Gemeinden machte nach den ursprünglichen Vorschlägen der Regierung hierfür zur Voraussetzung, daß die Arbeiterbevölkerung der Reichsbetriebe einschließlich ihrer Familien 10 Prozent der Zivilbevölkerung der Gemeinde ausmache. Die Kommission hat, und zwar im Einverständnis mit der Regierung, den Prozentsatz auf 50 herabgesetzt und in garnisonfreien Orten auf 40 Prozent.

Abg. Althorn (fortf.) begründet den Antrag, der das Zustandekommen des Gesetzes, das er als Vertreter obdenburgischer Berggemeinden dringend wünschen muß, noch für dieses Legislaturjahr liegen will. Es handelt sich um eine ganz unpolitische Angelegenheit.

Staatssekretär Wermuth: Die ganze Angelegenheit wird wieder in Beratung gebracht durch den Wunsch, eine Stadt hinzuzuziehen, die eine außerordentlich große Garnison hat und unter der acht Prozent nicht fällt. Das ganze wasserarme Komprimat würde dadurch durchwachsen und wir würden die Angelegenheit, weil Erwägungen über andere Gemeinden mit kleineren Garnisonen nötig waren, bis zum nächsten Jahr verschieben müssen.

Abg. Erbacher (Hr.): Wir stimmen geschlossen für den Antrag. Der reifen Stadt Danzig entgegenkommend, liegt kein Grund vor.

Abg. von Ebn (Sog.): Danach sind leider die Hoffnungen, daß es uns gelingt, für Danzig 450 000 Mark zu erlangen, getrümbert. Es ist doch kein Geld, das Danzig in den Etat stellen kann; ich bitte um mehr Wohlwollen für Danzig. Herr v. v. n. u. b. g. (Hr.) hat die Angelegenheit in den Händen müssen zur Unterbrechung und Inhabung der allerhöchsten Einrichtungen. Wenn man es auch ohne die 450 000 Mark leben, aber sein Wohlstand ist nicht sehr groß. Die ganze Provinz Westpreußen hat ein außerordentliches Interesse daran, daß Danzig floriert. Nun ist die Sache hoffnungslos, ich bebaue das sehr.

Abg. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Bis dat, qui cito dat. Der Antrag Althorn wird angenommen und in dieser Sitzung das Gesetz in dritter Lesung verabschiedet. Es folgt die

dritte Lesung des Etats.

Abg. Rebeck (Sog.): Die Regierung hätte ein Budget einbringen müssen, denn die mußte, daß der Etat nicht rechtzeitig fertig wird. Wir befinden uns also in anarchoischen Zuständen. Wir verlangen eine gegen den Anarchismus gerichtete Geschäftsführung, einen früheren Zusammenritt des Reichstags mit sofortiger Aufberatung. Den Streit um die Schmalpazellen haben wir mit Gewalt abgelehnt. Wir entscheiden uns natürlich für die Parteien, die noch am meisten Opposition mit uns machen. Der Reichstag hat sich in Gießen tadellos benommen. (Hört! hört! Zuruf: Der Reichstag ist anderer Meinung!) Wenn der Reichstag den freirechtlichen einen Vorwurf gemacht hat, so ist das mitterwährend erfolgt; die Stellung der freirechtlichen Partei ist nicht anzuerkennen. Und wir sind die Nationalliberalen zu Siegen gekommen? Und zu Innenminister? Durch unsere Unterstützung. (Hört! hört! Zuruf: Und im Reichstag.) Damit schließt die Generaldebatte. Die Etats des Reichstages sowie des Reichsanlagers werden ohne Erwähnung erledigt. Beim

Etat des auswärtigen Amtes

begründet Abg. Dr. Defer (fortf.) (Sog.) eine Resolution, die die Einstellung eines Betrages verlangt, um die deutschen Generalkonsulate und Konsulate der Verteilung der Poststellen für die Korrespondenz mit Westindien in den Etat zu setzen. Abg. Hermann (fortf.) (Sog.): Ich muß auf die von Dr. David zur Sprache gebrachte Angelegenheit der Festhaltung ausländischer Durchreisenden an der holländischen Grenzstation zurückkommen. Unterbrechung von Auswanderern in den preussischen Kontrollstationen ist aus früheren Gründen geboten. Die Fortreise des Dr. David gegen die Landespolizeibehörden und die Schiffahrtsgesellschaften waren nicht am Platz. Abg. Dr. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Das ist ein höchst erpönlischer Standpunkt. Deutschland müßte sich vor der ganzen Welt schämen, wenn diese Fälle vom Gesetz geschützt werden. Es handelt sich

nicht um Auswanderer, sondern um Durchreisende. Der Redner unterbrecht nicht nach dem Staatssekretär.

Staatssekretär v. Aderlen-Wachter: Die Fremdenpolizei ist ausschließlich Sache der Bundesstaaten, ein Reichsgesetz ist nicht möglich. Der österreichische Volkspolizei hat mit der Lage seiner Landesleute überlegen wegen angeblicher Verletzung ihrer Rechte durch preussische Behörden. Vertraglich angegebene Rechte sind nicht verletzt. Nach Auskunft des preussischen Ministers des Innern ist auf die betreffenden Reisenden die preussische Anordnung über das Aus- resp. Durchwanderungswesen angewandt worden. Ich will ausgehen, daß sie in diesem Falle besonders hart betroffen worden sind; ich habe es sich selbst zuzuschreiben, weil sie sich selbst als Auswanderer ausgaben und die für Auswanderer geltenden Bestimmungen angingen. Aber das ist eine preussische Sache. Es unterliegt jetzt der Prüfung, wie Gärten in Spezialfällen zu vermeiden sind. Jedenfalls sind unsere Bestimmungen lediglich hervorgerufen durch ein Gebot der Notwehr.

Abg. Hermann (fortf.) (Sog.): Es ist alles möglich und mit rechten Dingen ausgegangen. Ich weise entschieden die Behauptung zurück, als ob bei uns eine gewisse Korruption herrscht, als ob die Polizei den Schiffahrtsgesellschaften Passagiere zuweist.

Abg. Dove (fortf.) (Sog.): Es ist dringend notwendig, daß die Fremdenpolizei reichspolizeilich geregelt wird. Fremde dürfen in Deutschland nicht reisen.

Abg. Dr. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Nach den Berichten liegt ein schwerer Mißgriff untergeordneter Behörden vor. Volle Aufklärung ist geboten. Ist das richtig, was Dr. David gesagt hat, dann muß mit aller Strenge gegen diejenigen vorgegangen werden, die sich vergangen haben. Ich bebaue, daß Herr v. v. n. u. b. g. (Hr.) mit dem Reichstag, dem Reichsanlage, Bremen zu verhandeln, die Angelegenheit nicht unterbreiten hat.

Staatssekretär v. Aderlen-Wachter: Wenn wir uns mit der österreichisch-ungarischen Regierung auseinandersetzen haben, so ist die Sache für uns erledigt. Ob die preussischen Bestimmungen richtig angewandt worden sind, das gehört nicht vor dieses Reich. Der Reichstag beauftragt nicht die einzelstaatliche Gesetzgebung in einer Materie, die ihm noch vorbehalten ist.

Nach weiterer kurzer Aussprache schließt die allgemeine Aussprache.

In der Spezialdebatte fordert Abg. v. v. n. u. b. g. (Hr.) die Regierung auf, der Schicksalsbewegung mehr Interesse entgegenzubringen. Durch Zuwendung eines Zuschusses an die interparlamentarische Union erkennt die Regierung die Berechtigung dieser Idee an. Darauf wird die Motion Defer angenommen.

Abg. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Die katholischen Lehrkräfte werden zurückgelassen. Wir werden nicht zurückgelassen, wir werden überhaupt für die Unterbreitung solcher Schulen kämpfen.

Abg. Gering (Hr.): Es wäre besser gewesen, in diese schöne nationale Sache keine konfessionelle Benützung zu tragen.

Abg. Dr. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Nicht wir tragen konfessionelle Gegenstände in die Debatte, aber sieht es so bei Abg. Gering, der jede Gelegenheit dazu benutzt. Es sollen sich nicht so ungeschicklich stellen. Ich bin sogar vom Abg. Erbacher als „Freimaurerhauptling“ hingewiesen worden. Ich gehöre überhaupt keiner Loge an.

Abg. Gering (Hr.): Ich wage nicht an, ich weise nur die konfessionellen Vorurteile der Zentrum zurück. Ich lasse mich nur von nationalen Gesichtspunkten leiten.

Abg. Erbacher (Hr.): Auch wir! Herr Gering war es, der von seinem ersten Auftreten an konfessionelle Streitigkeiten gepulst hat. Die deutschen Katholiken empfinden es als eine große Kränkung, wenn gerade ausgerechnet Herr Gering sich so in unkonfessionellen Fragen, wie Engländer und Modernisten beschäftigt.

Abg. Rebeck (Sog.): Ein russischer Unterthan namens Montag ist den russischen Behörden ausgeliefert worden.

Staatssekretär v. Aderlen-Wachter: Von Auslieferung ist keine Rede. Der Montag war, ausgerechnet Herr Gering, festgesetzt mit dem Tode bedroht. Das hätte Ihnen Herr Montag auch selbst sagen können! (Gelächter.)

Abg. Rebeck (Sog.): Der Staatssekretär hat sich wohl nur bei Herrn v. v. n. u. b. g. (Hr.) erkundigt. Das genügt ihm, um dann hier eine schandhafte Antwort zu geben. (Widersprechend Schluß ruff der Redner zur Ordnung.)

Staatssekretär v. Aderlen-Wachter: Ich habe amtlich die Auskunft gegeben, daß Herr Montag ausgeliefert ist und nicht ausgeliefert. Damit müssen Sie sich beruhigen!

Abg. Gering (fortf.) (Sog.): Ist er zornigweise an die russische Grenze gebracht worden?

Abg. Rebeck (Sog.): Herr Staatssekretär! Sie verlernen hier Ihre Stellung. Sie haben auf eine klare Anfrage eine klare Antwort zu geben. (Zurück und Zucken.) Sie erwarten, daß Sie sich wegen der Sache sofort mit Herrn v. v. n. u. b. g. (Hr.) telefonisch in Verbindung setzen. (Wohleschleier.)

Staatssekretär v. Aderlen-Wachter: Die Ausweisung fand nicht von Polizeibehörden statt, sondern der Vormundschaftsrichter verlangte, daß der Montag als gemeingefährlicher Mensch ihm von Halle geschickt werden solle. (Zurück, hört! rechts.) Die Polizei schaffte ihn dann an die Grenze.

Abg. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Herr Rebeck, wenn Sie eine Rede vorbringen, dann sorgen Sie gefälligst selbst für Aufklärung.

Die Aussprache schließt. Der Etat wird bewilligt. **Reichsausschuss des Innern.**

Abg. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Die Beteiligung der Arbeiter an der Gewerbesteuer ist ungenügend. Eine jedwede Beteiligung der Arbeiter wird die Ungleichheit beträchtlich herabdrücken. Die Gewerbesteuer ist lauer gezogen.

Abg. v. v. n. u. b. g. (Hr.): Wenn das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht über all befriedigend ist, so liegt dies vornehmlich an der verheerenden Aktion der Sozialdemokratie. Die ganze Lage der Arbeiter hat sich gehoben, auch die Sicherheit der Arbeitsverhältnisse hat zugenommen. Was bei den Sozialdemokraten. Das haben erliebt die erste Frage nicht. Daß die Gewerbeinspektion lauer geworden ist, kann nicht bewiesen werden. Die Firma Krupp muß sich wie seine andere um ihre Arbeiter; trotzdem wurde die von den Sozialdemokraten auch in diesen Jahre wieder angegriffen.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Dienstag. **Schluss nach 4 Uhr.**

Ausland.

Englische Verteidigungsfragen. — Die Vetobill.

Im englischen Oberhaus verlas Lord Osterfield am 3. April eine **Bill of the King**, welche die Antwort auf die von Lord Lansdowne in der vorigen Woche bebrachte Adresse bildet. In der Rede wird erklärt, im Vertrauen auf die Weisheit des Parlaments wünsche Seine Majestät, daß keine Veränderung für die Ernennung von Peers Erwägungen des Parlaments über irgend eine Maßnahme zur Reform des Hauses der Lords nicht im Wege stehen sollte. — Lord Roberts' Rede bestätigte jedoch die folgende Resolution:

Anglichs die veränderten strategischen Verhältnisse in Europa betrachtet das Haus die unzureichenden militärischen Vorbereitungen der Regierung für die Verteidigung des Reiches mit schwerer Sorge.

In seiner Begrüßung von Roberts auf die Rede des deutschen Reichsanlagers zu sprechen und sagte u. a.: Diefe

bemerkenswerte Rede, so voll von mannhaften Einsichten, wirkt auf mich in einer Weise ein, für die ich nie zuvor einen Ausdruck zu finden vermag. Als der Reichsanlager seine Meinung über die weitere Bestimmung des Reichs und Reichs zu ihren befreiten Streitkräften auseinandersetzt, werde er nur die Grundzüge in Worte, die meinen Geist während der letzten Monate wiederholt befruchtigt haben. Lord Roberts' Rede ist soeben auseinandergesetzt, das Großbritanniens weder eine für die Verteidigung der Heimat hinreichende Armee besitze noch eine genügend leistungsfähige reguläre Armee, um die britischen Interessen im Ausland zu beschützen. Der Feldmarschall erklärte, Großbritanniens brauche außer der regulären Armee eine Million Mann.

Im englischen Unterhaus begann am Montag die Debatte über die Vetobill. Obgleich die Vorlage nur aus vier Paragraphen außer der Einleitung besteht, so sind doch 900 Reden vor sich gelagert, unter ihnen 800 von Unionisten, einhundert von Liberalen.

Marocco.

Aus J. es wird vom 28. März gemeldet: Eine Verproviantierungskolonie, die gestern zu der gegen die Siderab operierenden Mahalla abmarschiert war, wurde heute früh bei Ghegah von einer Bande der Beni Ural angefallen. Die Soldaten der Kolonne, die mit Geschützen besetzt wurden, trafen bei der Kolonne Bagdadi ein. Mehrere Offiziere und Unteroffiziere der französischen Militärmission sind heute noch fest abgerufen. — Eine spätere Meldung aus Madrid besagt: Nach einem Telegramm aus Tangier haben Eingeborene aus der Gegend von Alhucemas gemeldet, daß ein französischer Handelsreisender, der sich von Benon de la Gomera aus in das Gebiet der Beni Uralique vorgewagt hatte, am letzten Donnerstag gefangen genommen worden sei. Ueber sein Schicksal sei nichts bekannt. Unter den Einwohnern jenes Gebiets herrscht Mord die.

Mexico.

Die Divisionsparade am Sonntag, an der 8000 Mann teilnahmen, dauerte eine Stunde. Das prächtige Theater hatte ungeheure Zuschauermengen angezogen. Es war ein ungenügendes Schauspiel, das selbst auf das Militär seinen Eindruck machte. Auch der deutsche, englische und französische Militärattache waren anwesend.

Nach einer späteren Meldung der „Königlichen Zeitung“ aus San Antonio ist Salvador Madero, ein Nehm des Maderianismus, auf der Reise von San Antonio nach Mexico in Yerebo verhaftet worden.

Sibirisch.

Aus M. u. d. meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Die sich in die Kämpfe zehrenden Verhandlungen des japanischen Konsulats mit den sibirischen Behörden über eine Entschädigung für die Ermordung eines Japaners durch die chinesische Polizei in Jankow in der Provinz Scheng-King haben auf beiden Seiten Erregung hervorgerufen. Der japanische Generalkonsul hat eine ihm unannehmbar erscheinende Antwort des Generalgouverneurs der Mandschurei Sui-Kiang zurückgeschickt. Einseitig vertrieben den Konsul eine dreijährige Unterbrechung mit dem Generalgouverneur, dem er offiziell erklärte, er sei genötigt, die Verhandlungen abzubrechen und seine Regierung von der Notwendigkeit eines selbständigen Vorgehens zur Sicherung des Lebens und Eigentums der Japaner in der Mandschurei in Kenntnis zu setzen. Von japanischer offizieller Seite wird die Haltung der sibirischen Behörden eine grobe Beleidigung der Ansehens und des Prestiges Japans genannt, während die chinesische Presse die Sibirier beschuldigt, daß sie einen Versuch der unabsichtlichen Beziehungen mit China provoziert, um von ihnen geplante entscheidende Schritte in der Mandschurei zu verhindern.

Sobald besagt eine Meldung aus Peking: In Erledigung einer Denkschrift des Kriegsministers Nishikawa, von dem bekannt ist, daß er während der jüngsten Krise sich für Eröffnung der Feindlichkeiten ausgesprochen hatte, ist jetzt ein außerordentliches Edikt erschienen, das dem Regenten den Oberbefehl über die chinesischen Streitkräfte verleiht und die Armee auffordert, dessen Einigkeit zu sein, daß die Mandschurei über ihrer militärischen Reichthümer China eroberet haben und seit drei Jahrhunderten beherrschen. Das sei Chinas einziges Mittel, um die Schwelgerei der Nation aufrechtzuerhalten. Diese Wortsätze sind den Truppen auf private Wege übermitteln worden.

Das neue spanische Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Cortes: Canalejas; Inneres: Ruiz Valero; Aussen: Garcia Priolo; Offensivliche Arbeiten; Gasse; Unterricht: Olmos; Justiz; Barrojo; Krieg: General Duque; Marine: Kapitän Vidal. Das Vortreffliche der Finanzen wird zwischen Rodriguez und Suarez Anzola geteilt. Alle mit Ausnahme von Vidal waren bereits Minister. — Eine spätere Meldung aus Madrid, 3. April, besagt: Das Ministerium ist endgültig gebildet. Die Finanzen hat Rodriguez übernommen.

Türkei. San Salonioli wird gemeldet: Der Kriegsminister gab den patriotischen Gefühlen der mohammedanischen Bevölkerung in der Gegend von Gussine nach und gestellte die Besetzung des dortigen Kantons. Die Leute waren bis zum Abend bereit und marschierten nach Schirak ab. Die von Schirak abgezogene Freiwilligen bestanden einen blutigen Kampf bei Kollat. Man erwartet für heute die Ankunft der Maderianer aus Tangier. Rainfall und die Behörden befinden sich noch in dem feigen Lager Chamit. — Eine spätere Meldung aus Salonioli besagt:

Die gegen die Annaten von Estuati ausgesprochenen Streitkräfte, ein Bataillon Rifas, ein Bataillon Kanitum und besetzte Freiwillige, hatten anfangs wenig Erfolg. Die Annaten waren mit grauenhaften Mordereignissen aus Regierungsdets besetzt, während die Freiwilligen und der Kanitum nur Martini-Gewehre besaßen. Die Kämpfe bei Saitrat und bei Zugi waren sehr erbittert und blutig. Die Freiwilligen und die Soldaten wurden mehrere Male zurückgedrängt und konnten die Annaten erst am Sonntag gütigend bezwingen und auch Zugi wieder besetzen. Am letzten Morgen erlitten die Soldaten einen Verlust von 50 Toten und hatten zahlreiche Verwundete; auch die Freiwilligen hatten erhebliche Verluste. Die Annaten sollen etwa 200 Tote und Verwundete

